

Antrag Nr. 23-F-63-0031

Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt

Betreff:

Beratungs- und Unterstützungsangebot für Prostituierte in Wiesbaden ausweiten
-Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 01.03.2023 -

Antragstext:

Auch wenn es im täglichen Stadtbild meist fernab der öffentlichen Wahrnehmung stattfindet: In Wiesbaden ist Prostitution nach wie vor ein alltäglicher Bestandteil des Stadtlebens. Prostitution findet vor allem als Innenprostitution statt. Einige Prostituierte gehen der Prostitution im Stadtgebiet in (Privat)wohnungen nach, die genehmigten Prostitutionsstätten befinden sich in denen als fünf Toleranzzonen deklarierten Gebieten. Laut offiziellen Angaben haben seit März 2018 nahezu 900 Personen in Wiesbaden eine Anmeldebescheinigung beantragt und erhalten.[1]

Die tatsächliche Anzahl der Prostituierten dürfte höher sein, auch Zwangsprostitution ist tägliche Realität. Es sind dabei vor allem Frauen aus Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Polen und der Dominikanischen Republik, die sexuelle Dienste anbieten. Ökonomische Gründe und berufliche Perspektivlosigkeit bilden dabei zentrale Gründe. Die Sicherheit und Unterstützung der Prostituierten, insbesondere im Falle des Ausstiegs Wunsches, ist daher unabdingbar. Bundesweit gibt es in vielen Großstädten daher Beratungsstellen für Prostituierte. Ein Bedarf besteht auch in Wiesbaden.

Der Ausschuss für Frauen, Gleichstellung und Sicherheit möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten:

- 1) ein Konzept für eine niedrigschwellige Beratungsstelle zu erstellen, in welcher Prostituierte kostenlosen Zugang zu medizinischer und psychosozialer Beratung erhalten. Bei einem Ausstiegswunsch unterstützt die Beratungsstelle durch Vernetzung mit anderen Einrichtungen in Wiesbaden bei der Klärung ihrer finanziellen und Aufenthaltsrechtlichen Situation, der Suche nach Wohnungen und Arbeitsmöglichkeiten sowie der Vermittlung in Substitutions- oder Therapieangebote. Das erstellte Konzept sollte als Pilotprojekt starten, aus dem dann passgenau Kriterien für den Aufbau der Beratungsstelle abgeleitet werden.
- 2) Dabei sollte unter anderem auf erfolgreiche Konzepte anderer Städte wie z.B. das Café la Strada oder die Beratungsstelle Amalia in Mannheim zurückgegriffen werden.
- 3) Bestandteil des Konzepts ist dabei die Aufstellung der benötigten finanziellen Mittel, welche die benötigte Sachausstattung sowie die personellen Ressourcen enthalten, sodass diese in die Haushaltsberatungen 24/25 einfließen können.

Antrag Nr. 23-F-63-0031
Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt

Wiesbaden, 01.03.2023

Nele Siedenburg

Fachsprecherin, B90/Grüne

Julia Seidel

Fraktionsreferentin, B90/Grüne

Susanne Hoffmann-Fessner

Fachsprecherin, SPD

Juliane Maltner

Fraktionsreferentin, SPD

Mechthilde Coigné

Fachsprecherin, Die LINKE.

Ingo von Seemen

Fraktionsgeschäftsführer, Die LINKE.

Janine Maria Vinha

Fachsprecherin, Volt

Simone Winkelmann

Fraktionsreferentin, Volt

[1] Quelle: Kommunale Frauenbeauftragte Wiesbaden (2022): Pilotprojekt zur aufsuchenden Arbeit in der Prostitution in der Landeshauptstadt SWiesbaden. Handlungskonzept, S. 1.